

durch Justiz und Verwaltung“. Die Überwachung der Einhaltung der Religion betreffenden Gesetze und Bestimmungen obliegt den Ämtern für religiöse Angelegenheiten; diese Ämter, so heißt es, sollen sich nicht in die inneren Angelegenheiten religiöser Organisationen einmischen. Daß die Praxis oft anders aussieht, wird verschwiegen; statt dessen wird die Tätigkeit dieser Ämter so dargestellt, als seien sie zum Schutz der Religionsgemeinschaften da und würden nur eingreifen, wenn es um kriminelle Delikte und Verstöße gegen die Gesetze gehe. Den Bestimmungen zufolge müssen sich alle religiösen Organisationen, Kirchen usw. offiziell registrieren lassen; für die christlichen Hauskirchen bestehe jedoch kein Registrierungszwang.

Das vierte Kapitel ist das längste und ist als eigentlicher Kern des Dokumentes anzusehen. Es ist überschrieben „Unterstützung für Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der religiösen Angelegenheiten“. Damit ist gemeint, daß keine Religionsgemeinschaft einer ausländischen Macht unterstehen oder von einer solchen abhängig sein darf. Angesprochen ist hier vor allem das Christentum. Der Grundsatz der Unabhängigkeit stehe im Einklang mit dem Kampf des chinesischen Volkes gegen „Kolonialismus, imperialistische Aggression und Versklavung“. Die Arbeit der christlichen Missionen in China nach dem Opiumkrieg wird als Instrument des Kolonialismus und Imperialismus dargestellt. Eine Reihe von Missionaren (namentlich werden der britische Missionar Robert Morrison und der deutsche Missionar Karl Friedrich August Gützlaff erwähnt) habe eine unguete Rolle während des Opiumkrieges gespielt. Auch hätten Missionare beim Zustandekommen der „ungleichen Verträge“ mitgewirkt und die Vorteile der Exterritorialität für ihre Zwecke genutzt, indem sie im Schutz der imperialistischen Mächte ins Landesinnere vordrangen, Grund und Boden erwarben und Kirchen bauten. Die häufigen Konflikte zwischen Missionaren und chinesischer Bevölkerung (die Zahl dieser sog. Missionszwischenfälle zwischen 1840 und 1900 wird mit gut 400 angegeben) hätten die westlichen Mächte zur Ausübung von militärischem und politischem Druck auf China ausgenutzt. Auch hätten sie starken Einfluß auf die chinesische Kirche ausgeübt. In den 1940er Jahren seien von 20 Erzbischöfen 17 Ausländer und von 130 Bischöfen nur 20 Chinesen gewesen. Diese Vorherrschaft der Ausländer sei

nach 1949 beendet und die Drei-Selbst-Bewegung in den fünfziger Jahren eingeleitet worden, die den Chinesen Selbständigkeit, Selbstverwaltung und Selbstverkündung gebracht habe. Im chinesischen Katholizismus sei der Glaube der gleiche wie überall in der Welt, aber in der Verwaltung sei man unabhängig, und man bestelle die chinesischen Bischöfe selbständig. Trotzdem unterhalte man in beiden christlichen Kirchen zahlreiche Kontakte zu christlichen Organisationen in aller Welt. Man sei auch zu einer Verbesserung der Beziehungen zum Vatikan bereit; Voraussetzung sei allerdings, daß der Vatikan seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbreche und sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Katholischen Kirche in China einmische.

Dieses Kapitel wurde mit Blick auf die Kritiker an der chinesischen Religionspolitik im Westen verfaßt, und zwar mit dem Anliegen, das Christentum wegen der historischen Belastetheit in China moralisch zu verurteilen und damit den heutigen Kritikern aus dem Ausland den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Einen zweiten Schwerpunkt in dem Weißbuch bildet Tibet, das unter der Überschrift „Schutz des Rechtes der nationalen Minderheiten auf Religionsfreiheit“ im fünften Kapitel abgehandelt wird. Hier bietet die chinesische Religionspolitik ebenfalls häufig Anlaß für Kritik ausländischer Menschenrechtsgruppen. Um dieser Kritik zu begegnen, wird herausgestellt, daß China die Religionsfreiheit und das Brauchtum in Tibet in besonderem Maße schütze. Es werden die Leistungen der Zentralregierung in bezug auf Zuwendungen für die Restaurierung von Klöstern und anderen Kulturdenkmälern, die Herausgabe tibetischer Schriften usw. betont. Erwähnt wird vor allem auch die nach den alten Riten erfolgte Suche nach der Reinkarnation des 10. Panchen Lama (vgl. dazu Th. Hoppe in C.a., 1995/12), die 1995 unter chinesischer Leitung erfolgte.

Zu den Moslems heißt es, daß sie ebenfalls vollständige Religionsfreiheit genießen. Ihre Diätvorschriften und Bestattungsriten würden respektiert, und sie hätten die Möglichkeit, Pilgerreisen nach Mekka durchzuführen. Die chinesische Regierung gehe allerdings entschlossen gegen separatistische Tendenzen und religiösen Fanatismus vor und halte unbedingt an nationaler Einheit und sozialer Stabilität fest. Damit wird dem islamischen

Fundamentalismus und Unabhängigkeitsbestrebungen islamischer Ethnien eine klare Absage erteilt.

Insgesamt steht hinter dem Weißbuch die Absicht, die Unabhängigkeit in religiösen Angelegenheiten zu betonen und die eigene Religionspolitik zu verteidigen. Mögliches Vorgehen gegen religiöse Gruppen oder einzelne Gläubige kommt aus chinesischer Sicht nur bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen vor. Die Auslegung der Bestimmungen und damit die Frage, wann diese verletzt sind, liegt jedoch allein bei den chinesischen Behörden. -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 16 Durchbruch bei den EU-China-Verhandlungen zum WTO-Beitritt?

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem EU-Handelskommissar Sir Leon Brittan und Vertretern der chinesischen Regierung über den Beitritt zur WTO schätzte Brittan trotz weiterhin bestehender Differenzen als „konzeptionellen Durchbruch“ ein. Auf dieser Grundlage könne mit der Endrunde in den Verhandlungen zur Aufnahme Chinas begonnen werden.

Als wesentliche Zugeständnisse der chinesischen Seite bei den bilateralen Verhandlungen, die parallel zu den multilateralen Aufnahmeverhandlungen Chinas erfolgen, gelten (AWSJ, 15.10.97):

- Beendigung aller Importquoten anhand fester Zeitpläne.
- Nichtdiskriminierung von Importgütern und ausländischen Unternehmen.
- Abschaffung aller Hochzollsätze mit wenigen Ausnahmen.
- Ausländische Unternehmen sollen einen besseren Marktzugang erhalten.

Als „Durchbruch“ wird jedoch von vielen Beobachtern das Verhandlungsergebnis nicht angesehen. Erst vor kurzem sei es der chinesischen Regierung klar geworden, daß die WTO

auf detaillierten und durchsetzungsfähigen Regeln und Vorschriften basiere. Allerdings stießen die Bemühungen der Zentralregierung um eine Marktöffnung auf großen Widerstand inländischer Unternehmen. (FT, 15.10.97)

Einem Bericht der *South China Morning Post* vom 16.10.97 zufolge soll Long Yongtu, stellvertretender Außenhandelsminister und Leiter der WTO-Verhandlungsdelegation Chinas, zugesagt haben, im Falle eines Beitritts zur WTO den durchschnittlichen Zollsatz auf 8% zu senken. Der bisherige durchschnittliche Zollsatz nach der Senkung von Zöllen um 26,1% zum 1.10.97 beträgt dann immer noch 17%. Dieses Zollniveau wird allerdings von den WTO-Mitgliedern als zu hoch angesehen. Gleichzeitig wird kritisiert, daß von der Zollsenkung lediglich 6.000 Produkte und nicht solche mit besonders hohen Zöllen berührt seien.

Zwischen den USA und der EU soll weitgehend Übereinstimmung darin herrschen, daß ein Zollsatz von durchschnittlich 8% von China verlangt wird. Weiterhin sollen die Länder Japan, Südkorea und Neuseeland den Bedingungen zum Güterhandel für die (FT, 15.10.97) Aufnahme Chinas in die WTO im wesentlichen zugestimmt haben. Eine Reihe anderer Entwicklungsländer hat ebenfalls ihre bilateralen Verhandlungen mit China abgeschlossen.

Chinesischen Statistiken zufolge fielen die EU-Exporte nach China im 1. Halbjahr 1997 um 12,7% auf 11,4 Mrd. US\$, dagegen stiegen die EU-Importe um rd. 20% und beliefen sich auf 12,54 Mrd. US\$. Nach EU-Statistiken fällt das Defizit der europäischen Staaten deutlich höher aus.

Hinsichtlich der Beendigung von Importquoten als den wichtigsten nichttarifären Handelshemmnissen plant China eine Bindung an die Umsetzung des WTO-Abkommens über Textilien und Bekleidung, das eine Abschaffung von Textileinfuhrquoten der Industrieländer bis zum Jahre 2005 vorsieht.

Über weitere Öffnungen im Dienstleistungssektor liegen noch keine genauen Angebote Chinas vor. Hierbei geht es um einen besseren Zugang ausländischer Unternehmen in den Bereichen Telekommunikation, Finanzsektor, Beratungsdienstleistungen im juristischen und Buchhaltungsbereich sowie im Verkehr und Handel.

Zwischen der EU und China sind weitere Gesprächsrunden im Dezember d.J. geplant. Hierbei geht es auch um die aktive Unterstützung Chinas bei der Aufnahme in die WTO, die jedoch von den USA kritisiert wird. Indem den USA die Rolle als der „Bösewicht“ zugewiesen werde, beabsichtigte die EU, eine bessere Ausgangsposition für Europa zu besetzen. Auch die Japaner stehen nicht mehr hinter den Forderungen der USA, so daß sich die US-Verhandlungsposition verschlechtert hat. (AWSJ, 15.10.97; NfA, 30.10.97; SCMP, 9.10, 11.10. und 16.10.97; IHT, 15.10.97; HB, 15.10.97) -schü-

### 17 Neue Verhandlungen über deutsche Entwicklungshilfe für China

Vertreter der deutschen Regierung haben im Oktober in China Verhandlungen über die deutsch-chinesische Entwicklungszusammenarbeit geführt. Vor seiner Abreise nach China wies Entwicklungsminister Spranger darauf hin, daß China eine große Bedeutung für die deutsche Entwicklungspolitik habe. Das Gesamtvolumen der Entwicklungshilfe aus Deutschland betrug seit 1980 rd. 5,5 Mrd. DM. Zu den Schwerpunkten der Förderung zählen die Armutsbekämpfung, berufliche Bildungsförderung, Umweltschutz sowie Förderung der Energie- und Transportentwicklung.

In Beijing wurde zwischen beiden Seiten ein neues Abkommen für die weitere Zusammenarbeit geschlossen. Das Volumen der Zusammenarbeit wird rd. 180 Mio. DM betragen. Wichtige Förderbereiche werden weiterhin die Armutsbekämpfung und der Umweltschutz sein. (NfA, 22.10.97; FAZ, 18.10.97; FAZ, 13.10. und 21.10.97)

Zur deutschen Entwicklungshilfe siehe auch den entsprechenden Beitrag in der vorliegenden Ausgabe der Zeitschrift *China aktuell*. -schü-

### 18 Renminbi unter Druck?

Durch die Abwertung der Währungen in den ost- und südostasiatischen Nachbarstaaten stellt sich die Frage, ob Chinas Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu diesen Ländern zurückgehen wird. Eine Folge der sinkenden Konkurrenzfähigkeit wäre eine geringere als die bisher prognostizierte gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate im Jahre 1998. Exportprobleme

könnten die Zentralbank dazu veranlassen, die Währung in den kommenden 12 Monaten abzuwerten. Im Falle, daß die Zentralbank nicht auf den Abwertungsdruck reagiert, sei mit einer wirtschaftlichen Flaute zu rechnen. Diese würde sich gerade dann einstellen, wenn die Arbeitslosigkeit steige und sich die Staatsunternehmen im Umbruchsprozeß befänden.

Chinas Nachbarstaaten Thailand, Malaysia und die Philippinen konkurrieren in Marktsegmenten wie z.B. Textilien und Elektronikgüter, die zu den chinesischen Hauptausfuhrprodukten zählen. Aufgrund ihrer stark abgewerteten Währung könnten sie ihre Ausfuhren günstiger anbieten als China.

Ein Druck auf eine Abwertung des Yuan besteht auch aufgrund der Währungsspekulation in den Hongkong-Dollar. Sollte die feste Bindung des Hongkong- an den US-Dollar aufgehoben werden, würde auch der Abwertungsdruck für die Zentralbank in Beijing zunehmen. Nach Einschätzung der Zentralbank zirkuliert ein Drittel der Hongkonger Währung in der Provinz Guangdong. Damit steige die Möglichkeit von Panikverkäufen des Hongkong-Dollar in Südchina, sollten spekulative Attacken gegen den Hongkong-Dollar weiter fortgesetzt werden.

Allerdings erscheint der Renminbi Yuan derzeit nicht unter direktem Druck, da ein Handel der Währung nur im Rahmen der Leistungsbilanz bzw. für Außenhandelsaktivitäten erlaubt ist. Nach wie vor ist eine Spekulation durch Kapitaltransaktionen kaum möglich, da diese strengen Genehmigungsverfahren unterliegen.

Die Wechselkursentwicklung der chinesischen Währung wird zudem von der Zentralbank genau überwacht, um die Austauschrate auf ein Niveau einzustellen, das den Bedürfnissen der staatseigenen Unternehmen und Exporteure entspricht.

Um den Druck auf den Yuan zu verringern, hat die chinesische Regierung Mitte Oktober 1997 Veränderungen im Devisenzuteilungssystem eingeführt. Bisher waren alle inländischen Außenhandelsunternehmen gezwungen, ihre Deviseneinnahmen an die Zentralbank abzuliefern. Diese Auflage hat erheblich dazu beigetragen, daß die Devisenreserven bei der Zentralbank enorm angestiegen sind. Bis Ende des Jahres wird damit gerechnet, daß sich das Volumen der Devisenreserven auf 140 Mrd. US\$

erhöhen wird. Damit wäre nahezu eine Verdoppelung der Reserven in den letzten drei Jahren eingetreten.

Die zumindest teilweise Veränderung der 1994 eingeführten Maßnahmen beinhaltet, daß die inländischen Außenhandelsunternehmen einen Teil ihrer Einnahmen behalten können. Unternehmen im Außenhandel wird es gestattet, ein Devisenkonto zu eröffnen, und sie dürfen bis zu 15% ihres jährlichen Im- und Exportvolumens in Devisen halten. In den Genuß der neuen Bestimmungen kommen Handelsunternehmen, die einen jährlichen Außenhandelsumsatz von mehr als 30 Mio. Yuan und ein Stammkapital von 10 Mio. Yuan aufweisen, sowie Unternehmen mit Außenhandelslizenz, die ein jährliches Außenhandelsvolumen von mindestens 10 Mio. US\$ und ein Stammkapital von 30 Mio. Yuan nachweisen.

Mit diesem Schritt wird die Erwartung verbunden, daß ein Teil der Deviseneinnahmen von der Zentralbank in den Unternehmenssektor fließt, um den Abwertungsdruck zu reduzieren, der mit den extrem hohen und wachsenden Devisenreserven verbunden ist.

Eine Abwertung der Währung wäre auch eine außenwirtschaftspolitisch schwierige Entscheidung unter dem Gesichtspunkt, daß sich die USA bereits jetzt über die hohen Defizite im Handel mit China beklagen. Mit einem „billigen“ Yuan könnten die Exporte in die USA weiter steigen und der Konfrontationskurs sich verhärten. (SCMP, 30.9., 12.10. und 31.10.97; AWSJ, 13.10. und 28.10.97)

Um Währungsspekulationen zu verhindern, hat die Staatliche Devisenverwaltung in einem Rundschreiben nochmals den Handel der Währung für andere Zwecke als für die Finanzierung von Im- und Exporten untersagt. (SCMP, 31.10.97) -schü-

## 19 Fallende Immobilienpreise in Shanghai

Ein Anfang Oktober 1997 neu erstellter Immobilienpreisindex für Büromieten in Puxi/Shanghai macht deutlich, daß die Mieten seit ihrem Höhepunkt im Jahre 1995 um 48,9% gefallen sind. Die Verkäufe von Eigentumswohnungen sanken auf ein Siebtel gegenüber dem Niveau von 1994. Prognosen der Jones Lang Wootton, internationale Immobilienberatungsgesellschaft und Herausgeber des o.g. Index, gehen davon aus, daß die Prei-

se weiter sinken werden, bevor eine Preisstabilisierung eintreten wird. Einige Analysten rechnen sogar damit, daß die Büromieten innerhalb der kommenden 18 Monate um 40% und die Mieten für Privatwohnungen um 30% fallen könnten.

Zwischen 1993 und 1996 war die Nachfrage nach Immobilien aufgrund des starken Zustroms ausländischer Investoren nach Shanghai wesentlich höher als das Angebot. Als Folge stiegen die Mieten auf ein Niveau, das auch im internationalen Vergleich sehr hoch war. Diese Entwicklung war der Auslöser für Investitionen in den Immobilienmarkt und den Bau von zahllosen Bürohäusern und Eigentumswohnungen. Aufgrund des enormen Zuwachs an Wohn- und Mietfläche gibt es inzwischen ein Überangebot und einen Leerstand von 29,7% im alten Stadtteil von Shanghai. Im neuen Stadtteil Pudong, der zum internationalen Finanzzentrum ausgebaut wird, beträgt der Leerstand sogar 71%.

Shanghai bietet inzwischen rd. 2 Mio.qm Büroflächen für ausländische Unternehmen und 1 Mio.qm für inländische Nutzer. Schätzungen zufolge werden weitere 5,5 Mio.qm bis zum Jahre 2001 hinzukommen. (FT, 7.10.97)

Daß die Büroflächen derzeit so einen hohen Leerstand in Pudong aufweisen, wird u.a. darauf zurückgeführt, daß der Stadtteil noch nicht an das Metronetz angeschlossen ist. Dies soll im Jahre 1999 erfolgen. (SCMP, 29.10.97) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

### 20 Steigende Verluste der Staatsbetriebe und Konkurrenz

In den ersten acht Monaten dieses Jahres erhöhten sich die Verluste der staatseigenen Unternehmen um 5,1% im Vergleich zur Vorjahresperiode und beliefen sich auf 44 Mrd. Yuan. In den Provinzen Jilin, Gansu und Henan fielen die Verlustzuwächse mit 66,9%, 45,4% und 42,4% am stärksten aus. (XNA, 27.10.1997) Allerdings erhöhten sich auch die Gewinne im Staatssektor, und zwar um 6% und betragen 20,38 Mrd. Yuan. (SCMP, 27.10.97)

Zu den Verlustunternehmen zählen auch die Stahlhersteller. Das Ministerium für Metallurgie forderte die Stahlunternehmen kürzlich auf, die Verluste innerhalb der kommenden drei Jahre abzubauen. Das Ministerium verlangte von den Unternehmen konkrete Vorschläge und Schritte, wie sie ihre schwierigen Probleme lösen wollen. Von den 106 größten Stahlunternehmen Chinas schreiben 50 rote Zahlen; im Jahre 1996 waren es nur 32 Verlustunternehmen. Diese 32 Unternehmen verzeichneten im Jahre 1996 Verluste in Höhe von 2,7 Mrd. Yuan. Die 50 Verlustunternehmen wiesen zwischen Januar und Juli 1997 Verluste von 2,2 Mrd. Yuan auf. (AWSJ, 13.10.97)

Zu den Reformmaßnahmen, die auf dem 15. Parteitag beschlossen bzw. zur landesweiten Umsetzung freigegeben wurden, zählt auch der Verkauf maroder Staatsbetriebe. Im Oktober kündigte die Regierung an, daß sie 40 kleinere Staatsbetriebe aus den Bereichen Maschinenbau, Chemie, Elektronik, Nahrungsmittelverarbeitung, Baustoffe, Autoteile und Tourismus verkaufen wolle. (NfA, 21.10.97) Aus verschiedenen Provinzen werden bereits solche Verkäufe gemeldet.

Anfang Oktober wurde in Guangzhou, Provinz Guangdong, ein Konkursunternehmen versteigert. Es handelte sich dabei um die dritte Versteigerung eines Konkursunternehmens in Guangzhou. Das Unternehmen, die Guangzhouer Kamerafabrik, wurde für 19,6 Mio. Yuan angeboten, doch mußte der Preis nochmals auf 17 Mio. Yuan reduziert werden, um für einen Käufer attraktiv zu sein. Der Käufer, die Guangzhou Mechanical & Electrical Group, war nach eigenen Angaben jedoch nur am Grundstück des Unternehmens interessiert. Was aus den 216 ehemaligen Beschäftigten wird, ist unklar. Das 37 Jahre alte Unternehmen war aufgrund ausländischer Konkurrenzprodukte zunehmend unter Wettbewerbsdruck geraten und wies am Ende 3,6 Mio. Yuan Schulden auf. (SCMP, 10.10.97)

Eine andere Versteigerung eines Konkursunternehmens Anfang Oktober in Guangzhou betraf einen Stahlhersteller, der für 50 Mio. Yuan verkauft wurde. Der überwiegende Teil soll für die Unterstützung der freigesetzten Arbeitskräfte und für die Rückzahlung der Schulden verwandt werden. Zu den Vermögenswerten des Unternehmens zählen Landnutzungs-